

Zoll: Die Politik erhöht den Druck

Parlamentarierinnen verlangen vom Bundesrat, dass er die Unzufriedenheit in der Zollverwaltung unter Direktor Bock untersuchen lässt.

Henry Habegger

Im Zug der Berichterstattung um die Wirren bei der Zollverwaltung (EZV) unter Direktor Christian Bock meldeten sich bei CH Media zahlreiche Zollangestellte. Bei allen tönte es gleich: Die Situation sei schlimm, es herrsche ein Klima der Angst. Und sämtliche Betroffenen baten aus Furcht vor Nachteilen um absolute Vertraulichkeit.

Solche Rückmeldungen erhalten auch die Arbeitnehmerverbände. Heidi Rebsamen, Zentralsekretärin der Zollgewerkschaft Garanto, vom künftigen Post-Präsidenten Christian Levrat präsidiert, sagt: «Wir haben mit Interesse die Artikel gelesen. Wir stellen auch fest, dass in der Zollverwaltung grosse Unzufriedenheit und zuweilen ein Klima der Angst herrschen.» Und sie sagt auch: «Unsere Sorge sind das Personal und die künftigen Arbeitsbedingungen im Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit, die sich verschlechtern könnten. Deshalb verlangen wir von der Führung einen Sozialplan, in dem wir miteinander die neuen Arbeitsbedingungen und die Überführung des bestehenden Personals in die neue Organisation festlegen.» Die Verhandlungen würden in den kommenden Wochen geführt.

Personalverband: «Hochproblematisches Klima»

Zu den Mahnerinnen der ersten Stunde in Sachen Zoll gehört Nationalrätin Barbara Gysi (SP/SG), die Präsidentin des Bundespersonalverbands. Sie reichte schon im September 2018 einen Vorstoss ein unter dem Titel: «Folgenreicher Umbau von der Fiskalbehörde zur Sicherheitsbehörde». Heute

sagte sie: «Ich stelle schon lange fest und weise in Vorstössen und im direkten Gespräch mit Verantwortlichen darauf hin, dass in der Zollverwaltung ein hochproblematisches Klima herrscht und viele Mitarbeitende Angst haben.» Die Nationalrätin sagt: «Ich erwarte, dass jetzt endlich gehandelt wird. Mit demotiviertem und verängstigtem Personal kann man nicht arbeiten. Es geht um Menschen. Und darum, dass sie endlich gehört werden.»

Dringenden Handlungsbedarf sieht die grüne Tessiner Nationalrätin Greta Gysin: «Es muss jetzt etwas geschehen. Das sind wir dem Personal schuldig», sagt die Co-Präsidentin des Personalverbands Transfair, dem auch zahlreiche Zollangestellte angehören. Sie stellt Fragen zu Fluktuation und Krank-

«Es braucht eine unabhängige Untersuchung der Situation.»



Greta Gysin
Co-Präsidentin Transfair

heitsabsenzen, zu Umfang und Zeitplan der laufenden Reorganisation, zur rechtlichen Basis für die Auflösung des Grenzwachtkorps und zur «Uniformierung und Bewaffnung ziviler Personaleinheiten».

Gysin will zudem wissen, ob die laufende Reorganisation, zu der das 400 Millionen Franken teure Digitalisierungsprojekt Dazit und der in der Vernehmlassung zerpfückte Entwurf eines neuen Zollgesetzes gehören, überhaupt noch auf Kurs sei. Die Tessiner Nationalrätin fragt auch direkt: «Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die EZV noch in den richtigen Händen ist?»

In der Begründung ihrer Interpellation hält die Transfair-Chefin fest: «Über die vorgeschlagene neue, stark umstrittene Zollgesetzgebung will das Amt seine hoheitlichen Kompetenzen massiv ausbauen. Gleichzeitig werde der Personalkörper stark umgebaut, das Grenzwachtkorps solle «abgeschafft, zivile Zollfachleute dafür uniformiert und bewaffnet» werden. «Aus einem Digitalisierungsprojekt wurde in horrendem Tempo ein Komplettumbau der EZV, dessen Umfang und Abwicklung mehr und mehr Fragen und Befürchtungen aufwerfen.» Für die Tessinerin ist klar: «Es braucht eine unabhängige Untersuchung der Situation in der Zollverwaltung.» Aber der zuständige Finanzminister Ueli Maurer halte bisher die schützende Hand über den Zollchef.

Laut der grünen Nationalrätin Regula Rytz, die verschiedene Vorstösse zum Zoll einreichte, melden sich auch bei Parlamentariern Betroffene, aber diese seien «nur unter dem Schutz eines geordneten Verfahrens bereit, mit Namen hinzustehen». Dass sich eine solche



Zolldirektor Christian Bock (links) und sein oberster Chef Ueli Maurer. Bild: Key (Pontresina, 24. August 2018)

Situation in der Bundesverwaltung habe entwickeln können, «ist inakzeptabel, und ich erwarte vom Bundesrat, dass er endlich hinschaut».

Ueli Maurer steht hinter dem Zolldirektor

Auf Anfrage wollte Zolldirektor Christian Bock persönlich keine Stellung nehmen. Er liess ein in

der Vorwoche gestelltes Interviewbegehren abschlägig beantworten. Im Zoll hiess es, am Freitag sei im internen Bulletin erstmals eine Stellungnahme zu den Berichten von CH Media zu erwarten. Aber bis am Freitagabend passierte in dieser Sache nichts.

Das Finanzdepartement von Bundesrat Ueli Maurer, dem die

Zollverwaltung unterstellt ist, hält weiterhin zu Christian Bock. Auf die Frage, ob Departement und Bundesrat vorbehaltlos hinter der Zolldirektion, ihren Entscheidungen und dem Führungsstil stehen, antwortete das EFD gestern: «Wir erachten die Ausführungen der EZV als substantiell und plausibel und haben dem nichts hinzuzufügen.»

Big Brother am Fussgelenk

Die elektronische Fussfessel wird bei Jugendlichen im Kanton Zürich mit steigender Tendenz eingesetzt.

Seit Juli 2015 ist für Jugendliche im Kanton Zürich in mehr als 60 Fällen Electronic Monitoring (EM) angeordnet worden, wie die Oberjugendanwaltschaft auf Anfrage mitteilt. Eine elektronische Fussfessel – wie EM umgangssprachlich genannt wird – werde in der Regel für einige Wochen bis hin zu einigen Monaten angewendet.

«EM wird mit steigender Tendenz eingesetzt, es ist aber kein Allzweckmittel», sagt Marcel Riesen-Kupper, der Leitende Oberjugendanwalt des Kantons Zürich. So könne EM für sich allein keine Straftat verhindern. Wie viele Jugendliche im Kanton Zürich aktuell tatsächlich eine elektronische Fussfessel tragen, sagt die Oberjugendanwaltschaft indes nicht.

Der Kanton Zürich hat für die elektronischen Fussfesseln zwischen Juli 2015 und April 2016 einen Pilotbetrieb getestet und diesen positiv bewertet. Seither wurde EM regulär weitergeführt.

Ständig an die Auflagen erinnert

Riesen-Kupper sieht die Hauptaufgabe von EM darin, den Vollzug von Schutzmassnahmen wie Kontakt- und Rayonverbote zu unterstützen. Es könne den Jugendlichen auch helfen, ihren Tagesablauf zu strukturieren. Und: «Das EM-Gerät hat auch einen psychologischen Effekt auf den Jugendlichen: Es erinnert ihn spürbar immer an die bestehenden Auflagen der Jugendanwaltschaft.»



Fussfesseln kommen vermehrt zum Einsatz. Bild: Keystone

Riesen-Kupper veranschaulicht die Praxis anhand eines Beispiels: Besteht die Gefahr, dass ein Jugendlicher weitere Delikte begeht, wenn er in Kontakt zu einer bestimmten Person oder zu einer Gruppe steht, könnten die Jugendanwaltschaften ein

Kontakt- oder Rayonverbot aussprechen. «Dem Jugendlichen wird damit untersagt, dass er mit diesen Personen in Kontakt treten oder sich an bestimmten Orten aufhalten darf», sagt Riesen-Kupper. Dies könne etwa dann der Fall sein, wenn ein Jugendlicher zusammen mit anderen ein Gewaltdelikt wie eine schwere Körperverletzung oder einen Raub im öffentlichen Raum begangen habe.

Eine Verurteilung ist nicht nötig

Der Einsatz von Electronic Monitoring ist im Jugendstrafrecht, das für Jugendliche zwischen dem 10. und 17. Lebensjahr gilt, geregelt. Eine elektronische Fussfessel kann im Rahmen

eines Strafverfahrens zum Beispiel zur Überwachung von sogenannten Ersatzmassnahmen wie Hausarrest angeordnet werden. Der Hausarrest wird in diesem Fall anstelle von Untersuchungshaft verhängt. Das Jugendstrafgesetz sieht aber auch Schutzmassnahmen vor. Dazu gehören persönliche Betreuung, ambulante Behandlung oder Unterbringung, aber auch Kontakt- und Rayonverbote. Solche Massnahmen können von der zuständigen Jugendanwältin oder dem zuständigen Jugendanwalt noch während der Strafuntersuchung angeordnet werden. Es ist also nicht nötig, dass der betroffene Jugendliche bereits verurteilt ist.

Patrick Gut

Ständeräte für Lärmblitzer

Eine Mehrheit der Umweltkommission des Ständerats will gegen unnötigen Lärm auf Schweizer Strassen vorgehen. Sie sprach sich am Freitag für eine Motion aus, die der Nationalrat in der Frühjahrsession verabschiedet hatte. Die Kommission verspricht sich davon einen Impuls, um die Probleme im Umgang mit übermässig lauten Fahrzeugen zu bewältigen. Sagt nun auch der Ständerat Ja, muss der Bundesrat aktiv werden. Konkret fordert die Motion Massnahmen, um die Verwendung von illegalen Bauteilen oder Veränderungen am Fahrzeug besser zu sanktionieren oder einzuschränken. Dazu gehören höhere Bussen, Führerausweisentzug, das Beschlagnahmen von Fahrzeugen und einfachere Kontrollen, etwa mit Lärmblitzern. (rwa)